



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben : die schwäbischen Wahlen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

senhaupt in der Mitte Scenen eines Amazonenkampfs besser erhalten zeigt welche die meisten Gruppen und Figuren des eben betrachteten wiederholt. Wir wissen, daß schon im Alterthum der Schild des Phidias copirt wurde, und es ist sicher kein Zufall, daß hervorstechende Motive dieser Schilde auf Kunstwerken attischen Ursprungs, wie der phigalische Fries und Vasenbilder, benutzt sind. Die Gestalt des Phidias kehrt auf dem neuen Bruchstück insoweit modificirt wieder, als er eine Art mit beiden Händen über dem Kopf schwingt; übrigens aber ist sie so genau copirt, daß an ihrer Identität kein Zweifel bleiben kann. Wie viel in dem hier ganz deutlichen Kahlkopf, der mehr den tüchtigen Handwerker als den genialen Künstler verräth, von dem wahren Portrait des Phidias zu uns gerettet ist, läßt sich freilich nicht sagen. Endlich findet sich auch im Vatican das Bruchstück eines Schildes mit Amazonenkämpfen im Relief, und auch hier ist die charakteristische Figur des Phidias glücklicherweise erhalten. Jeder, der am Entwickelungsgange der Kunst und Wissenschaft Antheil nimmt, wird diese Figur mit Interesse betrachten, welche heute der sorgsamten Forschung zur Beglaubigung eines Kunstwerks dient, das vor Jahrtausenden der Meister damit, wie mit seinem Siegel, bezeichnet hat.

Otto Zahn.

### Aus Schwaben:

Die schwäbischen Wahlen.

12. April.

Die ungemischte Freude der Sieger vom 24. März sollte nicht lange währen. Schon am Tage nach den Zollparlamentswahlen war es kein Geheimniß, daß die Regierung von dem Ergebnis mehr betroffen war als die nationale Partei. Sie hatte auch allen Grund dazu. Für die Sieger war der Ausfall der Wahl überraschender als für die Besiegten.

Etwa ein Viertel der abgegebenen Stimmen fiel auf die Candidaten der deutschen Partei. Wer den vorausgegangenen Kämpfen aufmerksam gefolgt war, wußte wohl, auf welche Bevölkerungsklassen diese 46,000 Wähler sich vertheilten. Sie gehörten überwiegend den intelligenteren Kreisen des Landes an. Es waren diejenigen, die dem von rechts und links erhobenen lügnerrischen Geschrei den Muth einer politischen Ueberzeugung entgegensezten, die unbeirrt durch ein künstliches Betrugssystem, wie die Nordd. Allg. Ztg. es genannt hat, die politische Wiedervereinigung des Vaterlands wollen. Vor zwei Jahren hatten dieselben Parteien von rechts und links dasselbe System der Schmeichelei gegen die niedrigsten Leidenschaften und dieselbe Hezerei gegen

Norddeutschland geübt. Damals war es ihnen gelungen, das ganze Volk mit verschwindenden Ausnahmen zu sich fortzureißen. Langsam erst richtete sich aus dem damaligen Sturm der Leidenschaften eine kleine Partei auf, die sich des nationalen Gedankens wieder erinnerte. Heute war sie im Stande, den Particularisten einen geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen und den Sieg, wo nicht abzugewinnen, doch streitig zu machen. Ueberall, auch in den ungünstigsten Bezirken, konnte sie als Partei auftreten, für ihre Ideen werben, ihre Anhänger sammeln; erst in diesem Kampf hat sie sich als Partei legitimirt. Schon der Umstand, daß die Zollparlamentswahl zu einem politischen Principienkampf wurde, in dem das Volk von Stadt und Land den lebhaftesten Antheil nahm, war ein Erfolg der nationalen Partei, den sie zu erkämpfen hatte gegen die Regierung, welche das politische Moment gern möglichst beseitigt hätte, und gegen die Volkspartei, welche ursprünglich Miene machte, vornehm die Arme zu kreuzen und jede Betheiligung der Wahl als Anerkennung der Verbrechen von 1866 verfehmt hatte. Die Schwaben, hieß es damals, werden es schon selbst sagen, wenn sie einmal ein Parlament haben wollen. Nun waren dieselben Verächter des Zollparlaments die eifrigsten, es mit Männern ihrer Farbe zu besetzen. Damit erkannten sie selbst die politische Bedeutung dieses Instituts und seine Zukunft an, wie sie die Stärke der nationalen Partei dadurch anerkannten, daß sie die seltsamsten Bündnisse eingingen und die unerhörtesten Mittel anboten, um eine Richtung zu bekämpfen, die sie mit affectirter Geringschätzung bisher als kleine Coterie bezeichnet hatten.

Damit soll der schimpfliche Ausgang unsrer Wahl nicht bemäntelt werden. Es bleibt Württemberg der Ruhm, tadellos antinationale Waare nach Berlin gesendet zu haben. Die Wahl in die erste gesamtdeutsche Versammlung ist dazu benützt worden, gegen die Vereinigung von Süd- und Norddeutschland zu protestiren, und das Vorspiel der gemeinsamen Arbeit deutscher Volksvertreter ist die Kriegserklärung der Schwaben. Sie alle sind gewählt auf Programme, deren Spitze gegen den norddeutschen Bund gerichtet, deren Kern der Widerwille gegen den Anschluß an Deutschland ist. Zwar die Verträge sind ehrlich zu halten — so stand in den meisten dieser Programme zu lesen — und nur jeder Schritt, darüber hinauszugehen, soll bekämpft werden. Aber die Polemik der siegreichen Parteien richtete sich niemals gegen diejenigen, welche die Verträge wieder zerreißen wollen, sondern einzig gegen diejenigen, welche die Consequenzen aus denselben ziehen. Das Zollparlament darf niemals zum deutschen Parlament, das Recht deutscher Volksvertretung niemals weiter ausgedehnt werden, die Souveränität der Staaten keine weitere Beschränkung erleiden, Salz und Tabak sind die einzigen Gegenstände für die Beschäftigung deutscher Volksvertreter, so lange diese fatale Einrich-

tung überhaupt besteht, dies war der Refrain der Reden derjenigen, die als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen sind. Dabei warf es doch ein seltsames Licht auf die angebliche Vertragstreue, wenn Fehr. v. Neurath seinen Wählern erklärte, man müsse die Verträge so lange halten, als sie nicht auf völkerrechtlich zulässige Weise beseitigt seien, oder wenn Herr Desterlen bei dem Siegesbanket in der Stuttgarter Niederhalle eine Rede hielt, worin er sich auf den Boden der Verträge stellte, und unmittelbar darauf, als ein anderer Redner mit einer donnernden Philippica wider die Verträge größeren Applaus erzielte, Hand in Hand mit diesem auf der Tribüne erschien, um durch diese theatralische Scene dem jauchzenden Volke zu erkennen zu geben, daß er auch damit vollständig einverstanden sei.

Daraus läßt sich nun freilich auf die politische Haltung der Gewählten im Parlament selbst noch kein sicherer Schluß ziehen. Es ist ihnen dort ein fester Boden gegeben, an dem sie mit Erfolg zu rütteln schwerlich hoffen können; sie haben Arbeiten vor sich, welche die Phrase nicht ertragen, und die im Fall ihrer absoluten Negation gleichwohl von Statten gehen werden. Einige mögen ziemlich nahe der preussischen Fortschrittspartei stehen, welche denn doch den Genfer Friedensjargon ihres linken Flügels nicht auf die Länge ertragen zu wollen scheint. Mit den Phrasen, mit welchen hier auf die Wähler gewirkt worden ist, läßt sich ohnedies in Berlin wenig anfangen. Herr Ramm, der Verwalter des Hrn. v. Barmbüler, wird dort schwerlich seine berücktigten Zahlen über die preussischen Steuern zum Besten geben, mit denen er bei seinen Landsleuten so unbestreitbaren Erfolg davongetragen hat. Herr v. Barmbüler selbst, wie beherzt immer, wird schwerlich den Muth haben, in einer deutschen Versammlung zu wiederholen, daß Württemberg sich dafür bedanke, an einer deutschen Flotte mitzuzahlen. Herr Desterlen wird schwerlich sein anmuthiges Gleichniß von der schwäbischen Kuh, die in Berlin gemolken wird, wiederholen, das von seinen in Gleichnißreden, wie es scheint, wenig bewanderten Zuhörern unglücklicherweise dahin mißverstanden worden ist, als ob nun in Zukunft jeden Morgen in der Früh der preussische Melker umgehe, und wenn Tochter oder Magd in den Stall kommen, diese zu ihrer Betrübniß die Kuh bereits gemolken finden. Selbst Moritz Mohl wird seine Aeußerung, daß ein Mann, der sich selbst respectire, nicht in diesem Parlament sitzen könne, schwerlich im Parlament selbst wiederholen, und das unbedachte Wort von der traurigen Figur, welche die Süddeutschen in diesem Parlament machen müssen, mag ihn wohl selbst nachträglich als allzu grausame Selbstcritik bedünken. Vielleicht wird man sogar von der Verpreußung, vom Cäsarismus, dem Casernenstaat, den Bettelpreußen und andern geläufigen Artikeln einen verhältnißmäßig bescheidenen Gebrauch machen. Das waren alles Dinge, die sich auf Riesenplakaten mit blutigen Lettern gedruckt sehr imponi-

rend und entseherregend an den stuttgarter Straßenecken ausnahmen, mit denen aber in Berlin schwerlich große Wirkung sich erzielen läßt. Und überdies kommt in Gesellschaft der fanatischen Gegner Preußens noch eine Anzahl unschuldiger Arkadier, die sich wohl am liebsten der Obhut und Führung der Herren v. Barmbüler und v. Mittnacht anvertrauen werden, und es ist gar nicht undenkbar, daß diese ihren Einfluß in entschieden mäßigendem Sinne ausüben werden. Es wäre ja nicht die erste Wendung, die Herr v. Barmbüler ausführte, und es hätte vielleicht nicht einmal der nachdrücklichen Artikel der Nordd. Allg. Ztg. bedurft, das Wahlresultat selbst genügte, um unseren Staatsmännern zu einiger Selbstbesinnung zu verhelfen.

Denn der Sieg ist ihnen selbst gar zu gründlich ausgefallen. Sie haben ihn errungen im Bund mit Elementen, die für jede Regierung eine bedenkliche Unterstützung sind. Im Anfang der Wahlbewegung, als die Regierung ihre scharfe Stellung gegenüber der nationalen Partei nahm, wußte sie noch nicht, daß die staatsfeindliche Demokratie, die soeben die Verträge und die neue Militärorganisation wüthend bekämpft hatte, sich an ihre Seite stellen werde. Als dies dann der Fall war, freute sie sich des rührigen Bundesgenossen, aber sie dachte nicht, daß er ihr selbst Concurrrenz bereiten und, begünstigt durch die Regierung, zum Theil die Candidaten der Regierung selbst aus dem Felde schlagen werde. Von oben her waren die Schlagworte geliefert, aber die Demokratie wußte sie erst recht auszumünzen und in ihrer Weise zu popularisiren. Für die Erhaltung der Souveränität Württembergs hatten sich freiwillige Verbündete eingestellt, deren Händedruck doch unheimlich war. Das ursprüngliche Programm der Regierung: Festhalten an den Verträgen, aber nicht einen Schritt weiter, war überall überschrieben worden von den wenig zimperlichen Genossen, welche die Zerreißung der Verträge und die „Niedertretung der preußischen Fahne“ als Ziel des nächsten parlamentarischen Feldzuges in Schwaben proclamiren. Man hatte sich Freunde gefallen lassen, die im Augenblick brauchbar und willkommen, doch nur für die eigenen Zwecke gearbeitet hatten, und man hatte auf der anderen Seite wahrhaft conservative Kreise, die bisher zu den treuesten Stützen der Dynastie und des Landes gehörten, empfindlich von sich gestoßen, und z. B. die frommen Gemeinschaften, die in unserem Altwürttemberg kein zu unterschätzendes Moment sind und die selbstverständlich dem Bündniß mit Ultramontanen und Genfer Congressdemocraten widerstrebten, auf eine Weise behandelt, welche die Entfremdung dieser Kreise vorausichtlich zu einer dauernden macht. Und nun stehen die Wahlen zur Abgeordnetenkammer bevor, gleichfalls nach dem allgemeinen Stimmrecht, beiläufig bemerkt der einzigen Reform, die von den umfassenden Entwürfen des Ministeriums des Innern zur Verwirklichung gelangt ist, und welche seltsamerweise der Musterstaat der Freiheit Nieman-

dem sonst verdankt als dem Vorgang des freiheitsmörderischen Nordbundes. Jetzt hat die Demokratie in der Agitation, die sie mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung betrieb, ihre Kräfte erprobt. Die von der Regierung gebilligte Parole: „preußisch oder nichtpreußisch“ hat ihre Dienste gethan, sie wird auch bei der bevorstehenden Wahl ihre Dienste thun. Unter Vorantritt der kleinen officiösen Presse ist eine Saat des Preußenhasses unter das Volk ausgestreut worden, deren Früchte immerhin der Regierung eines Tages unbehagen werden könnten. Auch in der nächsten Kammer wird die deutsche Partei gar nicht oder kaum vertreten sein, mit deren Hilfe allein die Regierung in der letzten Session die Verträge, die Gesetze und Organisationen hat durchsetzen können, welche die Grundlage des jetzigen Rechtszustandes bilden. Vergebens haben einzelne Oberamtsleute, weiterblickend als die Minister, die warnende Vorstellung erhoben, sie können nicht jetzt bei den Zollparlamentswahlen Hand in Hand mit der Demokratie gehen, wenn sie dieselbe bei den Abgeordnetenwahlen bekämpfen sollen. Die Regierung wird ernten, was sie gesät hat, sie wird eine Kammer nach dem Herzen des „Beobachters“ bekommen, und sie mag zusehen, wie sie zwischen den Zumuthungen der Föderativrepublikaner und ihren eingegangenen nationalen Verpflichtungen die Souveränität des Landes glücklich hindurchsteuert.

Es ist bezeichnend, daß das amtliche Organ ein Wort des Bedauerns darüber, daß „in der Heftigkeit der Wahlagitation da und dort Aeußerungen der Feindseligkeit gegen Preußen und den Nordbund hervorgetreten sind“, erst acht Tage nach gescheneher Wahl gefunden hat, erst nachdem die berliner Officiösen bereits angefangen hatten, die Wahlvorgänge in Württemberg in wenig schmeichelhafter Weise zu beleuchten. Vergebens bemüht sich die Regierung, die Mitschuld für diese Art der Wahlagitation von sich abzuwälzen. Damals, als die Minister selbst Wahlzettel an ihre Untergebenen vertheilen ließen, als ganze Classen von Beamten unter Berufung auf ihren Diensteid aufgefordert wurden, für den Regierungscandidaten zu stimmen, wußten sie doch recht gut, mit welchen Mitteln für diesen agitirt wurde. Die Vorgänge im Ministerrath entziehen sich selbstverständlich der Oeffentlichkeit, aber es wird versichert, daß der förmliche Beschluß gefaßt wurde, überall die Gegner der nationalen Candidaten zu unterstützen. Bei einzelnen Namen regte sich doch eine Anwandlung von Sorge vor den Folgen solcher Verblendung. So bei Moritz Mohl; aber man begnügte sich, wie um gegen eine etwaige Reclamation sich zu decken, mit einem einmaligen Versuch im Staatsanzeiger diese Candidatur lächerlich zu machen. So bei dem Freiherrn v. Neurath, der während der luxemburger Crisis aus dem Cabinet scheiden mußte, und dessen Wiederauftauchen unter den Reihen der Regierungscandidaten selbst dem Freiherrn v. Wittnacht bedenklich scheinen mochte; aber man

schwieg, als man erfuhr, daß Freiherr v. Neurath zuvor schon sich der Einwilligung des Hofes versichert hatte, an welchem in dieser ganzen Zeit preußenfeindliche Einflüsse dominirten, obwohl dem König selbst, wie es hieß, die ganze Geschichte verdrießlich war. Die unter dem Einfluß der Regierung stehende sogenannte liberale Partei in Stuttgart, die im April v. J. ein tadelloses Programm im Sinn des sofortigen Anschlusses an den Nordbund veröffentlichte, in derselben Zeit, als Freiherr v. Barmbüler einen so löblichen Eifer für den militärischen Anschluß an Preußen entwickelte, machte jetzt Compagniegeschäfte mit der Volkspartei, arrangirte mit ihr gemeinschaftliche Versammlungen und gemüthliche Wahlausflüge, und der Oberbürgermeister der Hauptstadt, dessen Autorität in der Regel dann für politische Zwecke verwandt wird, wenn es gilt, einer Sache, die nach heftigen Kämpfen eben reif in die Erscheinung tritt, zu guter Letzt feierlich noch die Weihe des Senatus populusque Stuttgartiensis zu ertheilen, mußte im October v. J. ebenso geschickt eine Versammlung, die vollends ihr Gewicht in die Waagschale der Verträge mit Preußen warf, zu leiten, und durch die Macht seiner Beredsamkeit die Gemüther seiner Mitbürger zur Freundschaft mit dem Nordbund zu entzünden, als er nun heute unter dem Druck einer anderen Stimmung und vielleicht anderer Weisungen denselben Mitbürgern die abschreckenden Seiten eben dieses Nordbunds mit gleicher Beredsamkeit entwickelte.

Der widerwärtige Charakter, den die Wahlagitatio in ihrem letzten Stadium hatte, war wesentlich veranlaßt durch die vielberufenen Zahlen über die preußischen Steuern, die der Verwalter des Herrn v. Barmbüler in seiner Wahlrede den entsetzten Zuhörern vorhielt, und die selbst wieder ihren Ursprung in der bekannten Rede Barmbülers vom 11. December hatten. Diese Zahlen, wie oft sie auch von nationaler Seite, insbesondere durch die Ausführungen Ed. Pfeiffers, widerlegt wurden, bildeten von da an, auf officiösen Canälen durch das ganze Land verbreitet und überall ad libitum weiter ausgeschmückt und auf die geschäftigste Weise übertrieben, das Material, mit welchem die demokratischen, conservativen und ultramontanen Candidaten um die Wette operirten. Es ist unglaublich, gegen welche Erfindungen der schamlosesten Art die deutschen Candidaten anzukämpfen hatten. Die Leichtgläubigkeit des Volks und das ihm natürliche Mißtrauen wurden auf die betrüglichste Art ausgebeutet, und wenn auf den Volksversammlungen auch die sachlichen Auseinandersetzungen der nationalen Redner meistens willig angehört wurden, — denn das Volk hatte sicherlich das Bestreben, sich belehren zu lassen — so blieb doch immer etwas hängen, es wurde den Verdacht nicht los, daß die deutsche Einheit, wenn auch ein schönes und nützlich Ding, doch vielleicht etwas kostspielig sein möchte, und schließlich entschied bei der Mehrheit des Volks die Erwägung, daß es ohne Zweifel

sicherer gehe, wenn alles beim alten bleibe, und wenn es sich vorläufig möglichst entfernt halte von dem Nordbund, über den es von der einen Seite viel Rühmlisches, von der andern sehr viel Schlimmes hörte, und über den somit die Gelehrten so entgegengesetzter Ansicht waren, daß es für den einfachen Landmann schwierig zu entscheiden war, wo die Wahrheit lag. Das ist es, was — von den katholischen Gegenden abgesehen, wo die Direction in den bekannten Händen lag — die großen Majoritäten namentlich der Landbevölkerung zu Stande brachte.

Nach hier also bewährte das allgemeine Stimmrecht seinen conservativen Charakter. Die Volkspartei selbst hatte ja ihre Erfolge nur dem Umstand zu verdanken, daß sie die gegenwärtigen und eigenen Zustände pries gegenüber dem gefürchteten Unbekannten. Dabei springt aber auch sofort in die Augen, wie bei dem allgemeinen Stimmrecht eben um seines conservativen Charakters willen die Verantwortung der Regierenden eine ungleich höhere wird. Sie haben in Zukunft in ganz anderer Weise die Pflicht, das Verständniß der zurückgebliebenen Classen zu fördern und die Führung der öffentlichen Meinung zu übernehmen, sonst wird für sie selbst das bischen Fortschritt unmöglich, das für jede Regierung, auch die schlechteste, unentbehrlich ist. Anstatt eine solche Rolle zu ergreifen, fanden es unsere Staatsmänner um eines armseligen augenblicklichen Erfolgs, um einer Rancune willen gegen die Männer von Gesinnung, für zweckmäßig, sich mit gewissenlosen Parteien zu verbünden, deren Hauptwaffe eben die Unwissenheit des Volkes und die Spekulation auf dessen niedrigste Triebe gewesen ist. Welchen Eindruck eine so kurzfristige Politik auf alle anständigen Leute, und zwar bis in hohe und sehr loyale Kreise hinauf, hat machen müssen, braucht nicht gesagt zu werden. Welchen Dienst sie der „Selbständigkeit“ des Landes leistet, die mit solchen Mitteln gestützt werden soll, wird ja wohl die Zukunft lehren. Vorerst wird das Zollparlament selbst nicht umhin können, sich unsre Wahlvorgänge, die man jetzt am liebsten in das Gebiet des Mythos verweisen möchte, näher zu besehen. Ueberdies hat es nicht an formellen Unregelmäßigkeiten gefehlt. Es erwartet hier das Parlament eine unerquickliche, aber wohl unerläßliche Aufgabe.

Und mit Beschämung schreiben wir es nieder, daß dies also der erste Beitrag Schwabens zum Bau der Einheit ist, die erste Erwiederung auf die in der Depesche des Bundeskanzlers vom 7. September ausgesprochene Politik, daß jeder weitere Schritt zur Einigung dem Süden selbst anheimgestellt sein soll, seinem Bedürfnis und freiwilligen Entgegenkommen. Die erste Probe dieser Politik liegt vor, und nicht sie soll getadelt werden, daß wir die Probe schlecht bestanden haben. Die Einigung soll, wenn nicht äußere Ereignisse sie erzwingen, der freie Entschluß der Bevölkerungen selbst, das

Ergebniß gereifter nationaler Gesinnung sein. Ohne Zweifel werden die preussischen Staatsmänner in dem Ausfall der Wahlen im Süden nur einen Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik erblicken. Die Wahl war die Anfrage an den Süden, ob er für Beitritt zum deutschen Staatswesen reif sei, und er selbst hat die Frage verneint. Allein nicht in gleichem Maße haben die einzelnen süddeutschen Staaten Antheil an dieser Antwort, und jetzt nach dem Ausfall der Wahl wird sich die Frage aufs neue erheben, ob auch in Zukunft der Süden als ein zusammengehöriges Ganzes betrachtet werden soll, mit anderen Worten, ob man den Hessen und Badenern noch länger zumuthen will, zu warten auf Baiern und Württemberg.

Es ist nicht zu läugnen, daß die preussische Politik wenigstens den Schein erwecken konnte, als ob sie den Süden sich selbst überlasse und sich wenig kümmernere, wie dort der Ausspruch der öffentlichen Meinung erfolge. Dieser bloße Schein ist nach Kräften ausgebeutet worden und unzweifelhaft nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen gewesen. Die feindlichen Parteien sind immer dreister geworden, die Regierung hat immer ungescheuter ihre wahren Tendenzen hervorgekehrt. Dagegen ist es ein ziemlich müßiger Streit, ob Preußen durch eine liberalere Politik sich größere Sympathien im Süden erworben hätte. Eine liberale Politik, liegt einfach im Interesse der Consolidirung des Nordbunds, diese kommt früher oder später dem Ganzen zu gut. Aber die Anziehungskraft einer Politik, die bloß im Innern liberal ist, ohne zugleich die nationalen Ziele schärfer zu accentuiren, wird man nicht überschätzen dürfen. Die Volkspartei, die bei uns das Monopol der freiheitlichen Bestrebungen zu haben vorgibt, scheut im antideutschen Interesse die reaktionärste Bundesgenossenschaft nicht, sie ist gegen Preußen, ob es fortschrittlich oder feudal regiert wird. Es könnten ihr höchstens einige Vorwände ihrer Agitation entzogen werden, und sie wäre nicht um neue verlegen. Gerade die Stellung unsrer Parteien im Wahlkampf hat gezeigt, daß es sich nicht im Geringsten um Freiheitsfragen gehandelt hat, sondern einzig um die nationale Frage. Bei manchen der Gewählten weiß man schlechterdings nicht, ob sie zu den Conservativen oder zu den Liberalen zu zählen sind. Danach fragte kein Mensch. Man weiß nur, daß sie Partikularisten sind und als solche gewählt wurden. Dies war die Stimmung der großen Masse, und sie wird erst dann eine andere werden, wenn dieselbe wieder gelernt hat, an den nachdrücklichen Ernst der nationalen Politik Preußens zu glauben.